

Prager Frühling

Die wirtschaftliche und soziale Lage am Vorabend des „Prager Frühlings“

- XX. Parteitag der KPdSU 1956: Anfang des Tauwetters.
 - Aber: Eingeschränkte Liberalisierung
 - Die führende Rolle der Partei und damit das Einparteiensystem darf nicht in Frage gestellt werden.
 - 1964 – Absetzung Chruschtschows; Teilweise Restaurierung des Stalinistischen Regimes.
- Die altstalinistische Elite verliert in der Tschechoslowakei durch Verbrechen der Geheimpolizei das Vertrauen der Intelligenz.
- Einige Funktionärsgruppen in der KPCĚ verlangen selbst eine Reform von Partei und Staat, ohne dabei den Marxismus-Leninismus oder die sozialistische Gesellschaftsordnung der Tschechoslowakei in Frage zu Stellen.
- Desolate Wirtschaftslage
 - Rücksichtslos vorangetriebener Ausbau der Schwerindustrie
 - Drastischer Rückgang der Konsumgüterproduktion
 - Einseitige Abwicklung des Außenhandels mit den RGW-Staaten
 - Knappheit der Lebensmittel; Steigerung der Preise; Schwarzhandel
- 1962 – Einberufung des Nationalökonom Ota Šik, Vertreter einer liberaleren Politik, ins Zentralkomitee der Partei: Konzeption der „sozialistischen Marktwirtschaft“
- 1966 – Repressive Maßnahmen gegen kritische Redaktionen und Wissenschaftler sowie eine stärkere Kontrolle des Presse- und Publikationswesens.
- Juni 1967 – Einseitige anti-israelische Stellungnahme der tschechoslowakischen Führung
- Juni 1967 – Kritik der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse auf dem IV. Kongress des Schriftstellerverbandes; Forderung nach Freiheit der Kunst

Innerparteiliche Auseinandersetzungen

- Dubček kritisiert Novotný und seine Gruppe auf dem Plenum der KPCĚ im Oktober 1967; die Lager spalten sich
- Im Dezember 1967 Breschnew lässt das Präsidium der KPCĚ wissen, dass sich die UdSSR nicht in die „innere Angelegenheiten“ der Tschechoslowakei einmischen wird
- Absetzung des Ersten Parteisekretärs und Präsidenten Antonín Novotnýs
- Alexander Dubček wird am 5. Januar zum Vorsitzenden der KPCĚ gewählt; Unterstützung von Moskau

Entwicklung von März bis August 1968

- März 1968: Abschaffung der Zensur.
- 5. April 1968: Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei.
 - Errichtung eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“
 - Dezentralisierung der aus Prag gesteuerten Wirtschaft und Rückkehr zu einem dynamischen Wachstum.
 - Partei solle sich stärker der öffentlichen Diskussionen stellen und über die Lage der Bevölkerung besser informieren.

- Aber weitere Forderungen von der Bevölkerung:
 - Zulassung eines demokratischen Mehrparteiensystems
 - Austritt der ČSSR aus dem Warschauer Pakt
 - Entstehen neuer Massenorganisationen
- 27. Juni 1968: Veröffentlichung vom „Manifest der Zweitausend Worte“ in „Literární listy“.
 - Verurteilten des Machtmissbrauchs der Partei und Forderung von unabhängigen Gewerkschaften und Bürgerkomitees ins Leben

Daraufhin:

 - Empörung unter den kommunistischen Funktionären in den Bruderländern
 - Brandmachung des Manifestes als „offizielle Proklamation der Gegenrevolution“ von der sowjetischen Parteiführung.
 - Dubček und sein Kreis sollte sich sofort davon distanzieren.

Militärische Intervention

- Befürchtungen, die Führung dieser Partei könnte die totale Herrschaft über ihr Land einbüßen; „Gefahr für den Sozialismus“
- Entschluss der sowjetischen Regierung, in der Tschechoslowakei militärisch zu intervenieren während einer Beratung in Warschau am 14. u. 15. Juli 1968
- Bereitwillige Unterstützung von DDR und Polen; zögernde von Ungarn und Bulgarien.
- Aber: KPČ lehnt Vorwürfe zurück; Bereitschaft zu Verhandlungen
- Einmarsch der „Fünf“ in die Tschechoslowakei am 20./21. August 1968
- Passiver Widerstand
- „Verhandlungen“ am 27. August 1968 in Moskau
 - Entlassung der missliebigen Politiker
 - Einführung der Zensur
 - Ungültigkeit der bisherigen Wahlen und Reformen
- Erzwungene „Normalisierung“
- Stationierung der Kontingente der Roten Armee auf „unbestimmte Zeit“
- Am 17. April 1969 endgültiger Machtwechsel: „Realisten“ an der Macht; Dubček abgesetzt; Gustav Husák – Erster Sekretär der KPČ; Überwachung des öffentlichen Lebens

Folgen des Prager Frühlings

- Inkrafttreten der neuen Verfassung zum Neujahr 1969.
 - Tschechoslowakei wird zum föderativen Staat zweier gleichberechtigten Nationen.
- Wiederherstellung der „Einheit der Partei“; Erneuerung ihrer „führenden Rolle“
- Striktere Kontrolle des Reiseverkehrs

Bibliographie

- 📖 Hadler, Frank: Böhmen und Mähren im 19. und 20. Jahrhundert. In: Joachim Bahlcke, Winfried Ebergard und Miloslav Polívka (Hg.): Handbuch der historischen Stätten. Böhmen und Mähren. Stuttgart: Kröner, 1998, CII-CXXXI.
- 📖 Hoensch, Jörg K.: Geschichte der Tschechoslowakei. Stuttgart ²1992.
- 📖 Informationen zur politischen Bildung. Deutsche und Tschechen. Nr. 132. 1993.
- 📖 Prietz, Lutz, Václav Kural, Manfred Wilde: Die SED und der „Prager Frühling“ 1968. Politik gegen einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“. Berlin (Akademie) 1996.
- 📖 Schönfeld, Roland: Slowakei. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Regensburg: Pustet, 2000.